

Solidarisches Wirtschaften : Die neoliberale Einverleibung oder der Weg der « Rome Strategy ».

Solidarität kann stattfinden wenn Gleiche, Gleichen helfen und die Mittel die dazu von allen Seiten beigetragen werden, in dem Sinne ausgewogen und nötig sind, wie sie zur Realisierung gemeinsamer Ziele gebraucht werden.

Falsche Solidarität entsteht wenn das Einsetzen von Mitteln einseitig geleistet wird und das Resultat einem Zweck dient der vorrangig den Interessen des Gebers zugute kommt. Philantropie ist demnach eine zynische Weltverbesserungsstrategie die in unseren kapitalistischen und neoliberalen Systemen ungemein und pervers an Fahrt gewonnen hat, meist den Besitzenden zugute kommt, und vornehmlich dazu dienen kann skandalöse Summen im Elend der Besitzlosen weisszuwaschen. (Siehe auch den Artikel von Jeanna Smialek, « Reichtum der Reichsten wird unterschätzt » im Tageblatt vom 11 August 2014)

Seit einiger Zeit ist hierzulande die militante Pionierarbeit im Bereich des solidarischen Handelns und Wirtschaftens als unbrauchbar für die weitere ökonomische Entwicklung erklärt worden und die Luxemburger Solidarwirtschaft nähert sich immer grundsätzlicher den oben genannten gefährlichen neoliberalen Mainstream-Konzepten. Wir sollten auf der Hut sein. LuxLeaks sollte auch hier eine Warnung sein. Dieses anzuwendende Schema und die hierzu zu applizierende Philosophie einer zu einseitigen Verwaltung der Sozial- und Solidarwirtschaft (ESS) würden unseren Ruf als Steuerparadies in Zukunft nur noch verstärken.

In Frankreich erleben wir eine ähnliche Entwicklung im Bereich der Lehre und Forschung. Der « Réseau Interuniversitaire de l'Economie Sociale et Solidaire » (RIUESS) hat sich am 2 Dezember 2014 im Le Monde (http://abonnes.lemonde.fr/argent/article/2014/12/02/nous-n-avons-pas-attendu-le-gouvernement-pour-enseigner-l-economie-sociale-et-solidaire_4533066_1657007.html) mit einem von namhaften Wissenschaftlern unterzeichneten Artikel darüber beschwert dass in Frankreich den Universitäten, welche Pionierarbeit im Bereich der Sozial- und Solidarwirtschaft geleistet haben, die Anerkennung ihrer über Jahrzehnte lang geleisteten Arbeit aberkannt wird. Stein des Anstosses war dass die französische Staatssekretärin für Sozial- und Solidarwirtschaft, Carole Delga, sich folgendermassen zu diesem Thema in einer Rubrik am 4 November 2014 im Le Monde geäussert hatte: « Parallèlement, nous travaillons déjà en collaboration avec les grandes écoles ; mais la culture de l'ESS doit maintenant se diffuser dans les universités ».

Die Entrüstung der Unterzeichner war um so berechtigter als dass François Hollande als französischer Staatspräsident mit einem 10 Punkteplan zur Umsetzung der Ess angetreten war der auf den Grundwerten und der Pionierarbeit der Protagonisten (also auch der Universitäten) basierte und von Benoit Hamon in diesem Sinne umgesetzt werden sollte. Beide, der 10 Punkteplan und Benoit Hamon, sind nun Schnee von gestern.

Heute wird demnach in Frankreich den « Grandes Ecoles » die Kompetenz für diesen Bereich zugeschrieben und man wird somit genüsslich die Strategie, des dem

neoliberalen Gedankengut nahestehenden Konzeptes des « Entrepreneuriat social (Social Business) », als neues Wertegebilde der ESS propagieren können.

Nimmt man nun zur Kenntnis dass die Luxemburger Universität sich des Themas der Sozial- und Solidarwirtschaft ebenfalls seit ein paar Jahren angenommen hat und dabei das Social Business als das alleinseligmachende Konzept ausgemacht hat, dann liegt das an der vorwiegend elitären, patronats- und kapitalfreundlichen Ausrichtung dieser Institution, dies in Anlehnung an die französischen Grandes Ecoles.

Aber, das was heute in Frankreich passiert, hat Luxemburg schon hinter sich. Und dies nicht nur im Bereich der Lehre und Ausbildung. Die dafür zuständigen politischen Verantwortlichen haben während zwei Legislaturperioden ganze Arbeit geleistet indem sie viel Pionierporzellan zertrampelt haben und nicht dagegen gefeit sind den Kurs einer Verfütterung der Sozial- und Solidarwirtschaft an die dominierenden neoliberalen Kräfte weiterzuführen.

Zur Erinnerung : 2009 stand im Koalitionsprogramm und in der Regierungserklärung dass eine gesetzliche Basis für die ESS geschaffen werden sollte. Diese Basis sollte vornehmlich die von sozio-ökonomischen Pionieren in diesem Bereich erarbeiteten Konzepte berücksichtigen, welche neoliberales Gedankengut sowie eine nur auf finanzielle Aspekte aufgebaute Verwaltungsweise ausschlossen. Heute ? Schnee von gestern! Von 2009 bis 2011 wurden in Versammlungen, Workshops und Verhandlungen die « Pioniere » dann, langsam aber sicher, in die Minorität versetzt indem, unter dem Vorwand der Partnerschaft und Pluralität, den neoliberalen Kräften die Überhand zugestanden wurde und somit dem Social Business der Weg zum alleinigen zu verfolgenden Ziel geebnet wurde.

Als neues Instrument um diese mögliche neoliberale Dominanz im Bereich der ESS zu legitimieren wurde dann im Juli 2013 die Union Luxembourgeoise de l'Economie Sociale et Solidaire (ULESS) ins Leben gerufen.

Mit der EU-Präsidentschaft Italiens wurde die Social Economy nun auch wieder auf die Europäische politische Agenda gesetzt. In Rom fand am 17 und 18 November, mit Luxemburger Beteiligung, die Konferenz « Unlocking the potential of the social economy for EU growth » statt (<http://www.socialeconomyrome.it>). Das Resultat dieser Arbeiten wird als : « The Rome Strategy » propagiert, beinhaltet aber keine neuen Elemente in Bezug auf das Einbinden der ESS in die Europäische Politik.

Was hier im November 2014 als wichtige und teils innovative « neue » Vorstellungen und Forderungen dargestellt wurde, war schon vor dreissig Jahren zu Zeiten der Präsidenten Delors und Santer aktuell und wurde damals von den Pionieren der ESS als unerlässliche Prinzipien zur Realisierung einer gerechteren Wirtschaft und Gesellschaft eingefordert. Gehört hat man damals gefunden und viele Europäische Politikbereiche waren, koordiniert, in die Entwicklung solcher Strategien mit eingebunden. Seinen Niederschlag fand dies in unzähligen Europäischen transnationalen Projekten welche damals realisiert wurden und sehr oft lokale Protagonisten aus allen Europäischen Ländern eine Zusammenarbeit ermöglichte die dem Gedanken der ESS Auftrieb gab.

Als dann neoliberales Gedankengut auch auf Europäischer Ebene die Überhand bekam

wurde es sehr schnell still um diesen Weg, der den Menschen in den Mittelpunkt allen Wirtschaftens stellen wollte. Die Europäischen Beiratsentscheidungen für solche Projekte wurden so gestaltet dass sie gezielte an neue « Randerscheinungen » wie das Social Business vergeben werden konnten oder wurden solchermassen administrativ aufwendig gestaltet, dass nur wirklich grosse « Unternehmen der ESS » Nutzniesser sein konnten. Diese waren dann auch in der Lage, im Gegensatz zu innovativen, kleineren Projekten, eine von nun an eingeforderte Vorfinanzierung leisten zu können.

« Back to the roots » scheint es nun für die politisch Verantwortlichen, auf Europäischer wie auf Nationaler Ebene, zu heissen wenn man sich die Vorstellungen und Forderungen der « Rome Strategy » ansieht. Da sollte man aber hellhörig werden und die Frage stellen dürfen ob es ernsthaft darum gehen soll alte Werteschemen wieder salonfähig zu machen und eine wirklich menschen-freundliche und -dienliche Politik zu verfolgen oder aber ob, vor dem Hintergrund der extremen sozialen Spannungen, alle diese Ansätze nur reine Augenwischerei sein werden ?

Für Luxemburg heisst das, erstens dass, um der Entschlossenheit der Teilnehmer gerecht zu werden, unter anderem der neue Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker dazu aufgefordert werden soll « sein » Investitionspaket so zu gestalten dass nicht nur Infrastrukturprojekte finanziert werden können, sondern dass auch soziale Investitionen möglich sind und diese dann auch der ESS zugute kommen sollen.

Zweitens, dass im Rahmen der EU-Präsidentschaft Luxemburgs 2015, der angekündigten Projektion, die ESS zu einem prioritären Thema zu machen, auch der Tatsache Rechnung getragen werden muss, dass in Rom die Arbeitslosigkeit als zentrales Hindernis für die soziale Kohesion ausgemacht wurde die mit der ESS zu bekämpfen wäre. Dass man sich hierzulande an verantwortlicher Stelle dieser Feststellung bewusst sein sollte, wissend dass die Arbeitslosigkeit seit 2009 um rund 70% gestiegen ist und dies als eine eher katastrophale Bilanz anzusehen ist.

Romain Bieber